

AUF ACHSE: Unterwegs für Beruf und Familie

NiederösterreicherInnen sind im Schnitt täglich 89 Minuten **UNTERWEGS** und legen 58 km zurück. Wohin fahren sie, wie lange und womit? Eine Bestandsaufnahme.

Text: daniela.rosenberger@aknoe.at, Grafik: claudia.rauch-gessl@aknoe.at

So weit – so lang

58 km legen die NiederösterreicherInnen pro Werktag im Schnitt zurück. Durchschn. 89 Minuten pro Tag sind Beschäftigte in NÖ an Werktagen unterwegs.



Wohin?

42 Prozent der werktäglichen Wege von nÖ. ArbeitnehmerInnen sind Arbeitswege.

Womit?

Weitere 5 Prozent sind MitfahrerInnen.



Wer hat was?

93 Prozent der nÖ. Beschäftigten besitzen einen Pkw-Führerschein. 38 Prozent der Haushalte in NÖ besitzen einen Pkw. 34 Prozent besitzen zwei Pkw.



Was soll werden?

Pendeln ist immer erzwungen und nicht freiwillig. Wenn die Öffis gute Verbindungen zu leistbaren Preisen anbieten, werden sie genutzt werden.



49 Prozent der AutopendlerInnen würden auf das Auto verzichten – wenn Öffis besser ausgebaut wären.

Verkehr



Landwirtschaft



Energie + Industrie



TIPP: CO₂

Die Nachhaltigkeit des Lebensstils berechnen und Tipps für Änderungen erhalten: <https://www.co2-rechner.at/>

Was kommt raus?

Der Verkehr verursacht fast 30 Prozent der klimaschädlichen Treibhausgase in Österreich. Pkw verursachen laut Umweltbundesamt 62 Prozent der Emissionen des Kfz-Verkehrs, der Lkw-Verkehr 36 Prozent und Motorräder, Mopeds und Busse rund zwei Prozent.

TIPP: Wer von St. Pölten nach Wien und retour mit der Bahn statt mit dem Auto pendelt, vermeidet rund 4.500 Kilogramm klimaschädliches CO₂ pro Jahr.

Was brauchen wir?

- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Ein (günstiges) Ticket für die ganze Ostregion
- Ein transparentes Tarifsystem im VOR
- Besser ausgestattete Züge



Wussten Sie, dass ...

- die Pendlerpauschale in den Niederlanden, Finnland, Norwegen und Schweden nur noch für öffentliche Verkehrsmittel gewährt wird?
- die Co₂-Steuer in Schweden bereits seit 1991 angewandt wird?

Quellen: AK Pendlerbefragung 2018, VCO



Maria G. würde gern ein eigenständiges Leben führen.

AUFGEDECKT: Für immer daheim

Die schwer kranke Maria G. (33) sitzt in ihrem alten Kinderzimmer fest. Der Grund: die **RECHTSLAGE** in Niederösterreich. Die müsste aber nicht so sein.

Maria G. (Name bekannt) leidet an einer Autoimmunkrankheit. Trotzdem würde sie gerne ein eigenständiges Leben führen. Dazu reichen Familienbeihilfe und Pflegegeld aber nicht. Und Mindestsicherung bekommt sie nicht.

kommen um ein paar Euro zu hoch. „Weil Familienbeihilfe und Pflegegeld nicht reichen, musste ich sogar Therapien abbrechen“, erzählt sie. Doch gerade die wären nötig, damit sie körperlich so fit wird, zumindest 20 Stunden pro Woche arbeiten zu können: „Ich könnte dann sogar Steuerzahlerin werden.“

Eingeschränkt

Ihre Eltern sind krankheitsbedingt nur eingeschränkt arbeitsfähig und verschuldet, das Haus der Familie ist sanierungsbedürftig, die jüngere Schwester Epileptikerin und arbeitsunfähig. Mit ihrer Krankheit hat sich Maria arrangiert. Nicht jedoch mit dem Leben drum herum. „Reisen, Theater und Kino, das ist finanziell nicht drin.“ Freunde nehmen sie gerne auf eine Runde durch die Stadt mit, doch in letzter Zeit sagt sie öfter ab: „Ich kann mich ja nicht revanchieren.“

Gegen UN-Konvention

25 Kilometer weiter hätte sie das Problem nicht. In Wien erhielte sie Mindestsicherung. Dort würden die Umstände der Behinderung berücksichtigt. Das Recht auf ein eigenständiges Leben von Menschen mit Behinderung ist in einer UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben worden. Umgesetzt ist sie nach elf Jahren noch immer nicht. Die Chance, das zu ändern, hat die NÖ Landesregierung mit dem neuen Sozialhilfe-Ausführungsgesetz, das mit 1. Jänner 2020 in Kraft tritt, verpasst. So bleibt G.s Schicksal auch künftig kein Einzelfall.

Landessache

Als Niederösterreicherin bekommt sie aufgrund einer Neuregelung keine Mindestsicherung mehr, dafür ist das Familienein-

reinhard.panznerboeck@aknoe.at